



Luxemburg, den 07 Januar 2025

Affilié :

au Syndicat Professionnel de la Force Publique (S.P.F.P.)
à la Confédération Générale de la Fonction Publique (C.G.F.P.)

SPAL – Treffen mit „Déi Gréng“

Kürzlich trafen sich Vertreter der größten Armeegewerkschaft SPAL mit Abgeordneten der Partei „Déi Gréng“. In einem einstündigen Austausch konnten die Gewerkschaftsvertreter ihre aktuellen Hauptanliegen zum Ausdruck bringen.

Der freiwillige Soldat ist seit Jahrzehnten das Rückgrat der luxemburgischen Streitkräfte. Seit ein paar Jahren allerdings stellen sich immer wieder rechtliche Fragen in Bezug auf den Statut und arbeitsrechtliche Fragen. Des weiteren ist die Rekrutierung von freiwilligen Soldaten in den letzten Jahren merklich ins Stocken geraten, daran hat auch das neue Armeegesetz wenig geändert. Die Gewerkschaftsvertreter berichteten von einer Petition, welche Sie kürzlich erreichten. Darin drückten zwei Drittel der freiwilligen Soldaten ihren Unmut über ihre statutarische Situation sowie den Verlust von acht freien Tagen in der “phase de reconversion” aus. In der Diskussion wurde klar, dass akuter Handlungsbedarf besteht und das aktuelle System in vielerlei Hinsicht an seine Grenzen stößt und perspektivlos erscheint. In Zeiten, wo die Anforderungen an die Soldaten immer komplexer werden und die Armee immer technischer scheint es als brauche es dringend eine Veränderung!

Vor kurzem hatte der Armeechef in einem RTL-Interview gemeint Luxemburg müsse „resilienter“ werden und in diesem Zusammenhang eine Wehrpflicht ins Spiel gebracht. Auch dieses Thema wurde diskutiert und die Vertreter des SPAL erläuterten ihre Sicht, dass man sich einer etwaigen Wehrpflicht nicht verschließen würde. Bei einem solchen Vorhaben dürfen keine Etappen übersprungen werden; welches in den Augen der Gewerkschaftsvertreter bedeutet das als Erstes das Thema Reservearmee behandelt werden müsste! Alle Anwesenden waren sich einig, dass

für eine etwaige Reserve zuerst Infrastruktur, Material und ein Konzept vorliegen müsse. Mit Geld könne man zwar viel kaufen, doch die nötige Manpower und das nötige Drumherum ist aktuell leider nicht gegeben. Bei den anstehenden Herausforderungen an die luxemburgische Armee sei jeder Mann unentbehrlich!

Ein letzter großer Punkt der Unterredung war das vom vorigen Minister auf den Instanzenweg geschickte sogenannte RICO-Gesetz. Hier erklärten die Armeevertreter, dass dieser Text in erster Linie ein Vertragsbruch zum „Accord relatif sur le temps de travail et de repos dans l'Armée“ vom Juli 2019 sei. Hauptproblem seien die massiven Verschlechterungen für alle Uniformierten. Die Kürzungen der Überstunden wurden versucht durch finanzielle Entlohnung zu kompensieren, wobei der Staatsrat in seinem Avis die Steuerfreiheit eben dieser Kompensierung in Frage stellte. Sollte es so kommen, dass die Armeeingehörigen hier besteuert werden, so wäre dies für die Gewerkschaftsvertreter eine Katastrophe. Es gäbe demnach nicht nur Kürzungen bei den Überstunden, man falle zum Teil auch unter die 2019 ausgehandelten Bezüge. Es bestand Einigkeit, dass es wohl an der Zeit wäre den Text noch einmal zu überarbeiten. Was jedoch den Gewerkschaftsvertretern aktuell am meisten Sorge bereitet, ist die Art und Weise wie diese Kompensierungen in Zukunft angewandt werden: es scheint als würde das kommende Gesetz dazu genutzt um den akuten Personalmangel zu camouflieren. Dies sei nicht im Sinne des Gesetzes, so waren sich alle Beteiligten einig!

Anschließend kam es zu einem Ausblick auf die Entstehung des Bataillon Binational (Belgien-Luxemburg) welches in Arlon stationiert werden wird. Auch hier waren sich Politiker und Gewerkschaftsvertreter einig: Eingeplantes Personal kann nicht in Diekirch und Arlon gleichzeitig sein. Die Gewerkschaftsvertreter betonten, dass etwaige Doppelfunktionen, also Leute, die an beiden Standorten sozusagen einen Job hätten, zu Lasten der Attraktivität, dem Familienleben und schlussendlich auch der Work-Life Balance gehen werden. Auch wenn die aktuellen Rekrutierungszahlen bei den Berufsmilitär im Soll seien, so würde es Stand jetzt, nicht ausreichen kommende Pensionsabgänge und das Bataillon zu stemmen. Im Gegenteil: Diverse Ausbildungen ziehen sich über Jahre und so sei es eher unwahrscheinlich bis zur Deadline im Jahre 2030 die Reihen in Arlon und Diekirch gefüllt zu kriegen. Hinzukommt, und so schloss sich dann der Kreis, ein statutarisches Problem, welches die freiwilligen Soldaten betrifft: Aktuell gibt es

keine gesetzliche Grundlage die es erlaubt dauerhaft Soldaten im Ausland zu stationieren oder zu entsenden.